

Da Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag seines Wertages. Abonnementspreis mit Illust. "Volk u. Zeit" frei Haus für die Zeit vom 9. Nov. bis 15. Nov. 45 Goldpf. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige

Redaktion: Johannisstr. 46

Fernruf { 905 nur Redaktion
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle

Anzeigengebühr für die achtgesparte Zeitung oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige Reklamen 80 Goldpfennige

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle
Fernruf { 905 nur Redaktion

Lübecker

Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 261

Montag, 10. November 1924

31. Jahrgang

Der Riesenstreit in Österreich.

Die kopflose Regierung.

Geschlossene Kampffront.

SPD. Wien, 8. November. (Eig. Draht.)

Vor Pressevertretern erklärte der zurückgetretene Bundeskanzler Seipel am Sonnabend mittag, daß sich die Regierung nicht gegen die Lohnforderungen, sondern gegen den Geist, aus dem diese Forderungen erhoben wurden, gewendet und die Demission gegeben habe. Auch die Bundesbeamtenstellten müßten ebenso wie die Bundesangestellten davon Kenntnis nehmen, daß die Beamtenschaft alle Eingangsinteressen zurückzuholen hat, bis das Sanierungswerk abgeschlossen ist. In der Sitzung des Nationalrats am nächsten Dienstag werde die bisherige Regierung mit von ihrem Rücktritt Mitteilung machen. Zur Neuwahl der Regierung werde der Nationalrat erst wieder zusammentreten, wenn alle Voraussetzungen dazu gegeben seien. Unter diesen Voraussetzungen werde der Bundeskanzler die Beendigung des Eisenbahnerstreits. Zunächst müsse der Lohnkonflikt mit den Eisenbahnmännern aus der Welt geschafft werden und allen Kreisen die Erkenntnis kommen, daß das Sanierungswerk Deutschösterreichs durch keine Wisionen mehr gestört werden darf. Die zurückgetretene Regierung werde, ehe sie sich zur Wiederwahl stelle, Garantien verlangen, daß das Sanierungswerk ungestört fortgesetzt werden kann.

Seipel erklärt.

Wien, 8. November.

Der Streit auf den Bundesbahnen ist vollständig. Die Streitfahrt hat lediglich die Lebensmittelzüge mit leichtverderblichen Waren für den Verkehr freigegeben; dagegen wurden die Kohlezüge vom Verkehr ausgeschlossen. Die Geschäfte der Verwaltungskommission der Bundesbahnen werden weitergeführt. Die Vertreter der Eisenbahnerorganisationen haben mit der Streitleitung Führung genommen, um genaue Bestimmungen für die sichere Durchführung der Lebensmittelzüge, insbesondere der Kohlezüge, zu vereinbaren. Auch ein Noterfehde ist durch Arbeiter- und Schülerzüge in der Umgebung Wiens vorgesehen. Dagegen ist der Durchgangsverkehr, insbesondere auch der internationale Personen- und Güterverkehr vollkommen stillgelegt. Die Züge aus den benachbarten Staaten, so aus Deutschland, Italien, Ungarn, der Tschechoslowakei verkehren nur bis zu den Grenzstationen.

Es finden bereit Verhandlungen mit den Eisenbahnmännern statt, um den fern von Wien weilenden Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, durch Sonderzüge zu der für Dienstag vorgeesehenen Sitzung des Nationalrates nach Wien zu kommen. Vorausichtlich wird eine bürgerliche Mehrheit die Regierung Seipel, die am Sonnabend vorzeitig ihre Demission dem Bundespräsidenten überreichte, wiedermählen.

Dazu schreibt der "Vorwärts":

Herr Seipel sucht den Spieß umzudrehen und aus dem wirtschaftlichen Kampf der Eisenbahner eine Mobilisierung des Bürgertums gegen die Gewerkschaften, d. h. gegen die Arbeitersbewegung überhaupt zu machen. Wie weit er damit kommt, ist umso zweifelhafter, als die österreichischen und großdeutschen Eisenbahner, die Parteigenossen der Regierung, den Streit vereinbart mit unseren Genossen führen. Die Parole Sanierung ist auch nicht neu, sie hat schon bei den Parlamentswahlen vom Oktober 1923 ihre Rolle gespielt und die starke Belastung der negativen Sanierungssseite, der umfangreiche und bei der Höhe

der Absindungen von Pensionen finanziell nutzlose Beamtenabbau, die Trostlosung der Kulturausgaben, die starke Verminderung des Exports — das alles hat die Abneigung gegen die Sanierung um so mehr gestärkt, als mit ihr der Verzicht auf die Finanzhöhe des Staates verbunden ist. Außerdem steht ihr das glänzende Beispiel der sozialdemokratisch verwalteten Stadt Wien gegenüber, die sich aus eigener Kraft, durch Besitz- und Luxusgütern so janisiert hat, daß ihre Leistungen von Fachmännern aller Länder bewundert werden.

Der Kampf geht weiter.

Wien, 10. November. (Radio.)

Am Sonntag haben keinerlei neue Verhandlungen zwischen den Organisationen der Eisenbahner und der Regierung bezw. der Generaldirektion der Bundesbahnen stattgefunden. Der Streit geht unverändert und unvermindert weiter. Auch für Montag sind bis zur Stunde irgend welche Verhandlungen nicht in Aussicht genommen. Es werden keinerlei Zwischenfälle gemeldet.

Goll es bei uns auch so kommen?

SPD. Deutschösterreich hat dank der schamhaften Haltung des Kabinetts Seipel einen allgemeinen Eisenbahnerstreit und obendrein noch eine Regierungskrise. Vielleicht dienen die Vorfälle in Österreich dem Verwaltungsrat der deutschen Reichsbahn und der Reichsregierung als Warnung. Während das Reichsfinanzministerium, das lange genug vor der diktatorischen Haltung der hinter dem Verwaltungsrat stehenden Wirtschaftsgewaltigen zurückstehen, sich schließlich doch im Prinzip für eine Aufbesserung der Beamtengehälter entschied, verlautet von einer Aufbesserung der Besoldung der Eisenbahner noch immer kein Sterbenswörthiges. Will man es auch bei uns unbedingt auf einen Streit ankommen lassen? Beim Deutschen Eisenbahnerverband fortgesetzte Berichte über die bei den Eisenbahnerarbeiterhäusern bestehende Verzweigungsstimme ein. Die Eisenbahnerarbeiterhäuser verlangen dringend von den Organisationsleitungen, unter allen Umständen eine Lohnhöhung durchzusetzen. Niemand, der über die Lohn- und Besoldungsverhältnisse der Eisenbahner unterrichtet ist, kann sich über ihre Unruhe und Angeduld wundern. Wie soll z. B.

ein verheirateter Mann mit Frau und Kind heute mit 15 Mark in der Woche auskommen? Es ist kein Wunder, wenn die Rottenarbeiter, wie es unlängst im Bezirk Mecklenburg vorgekommen ist, von der Verwaltung die Erlaubnis verlangen, bei der Arbeit auf dem Bahnhof Holzpantoffeln tragen zu dürfen, weil die Stiefelsohlen nicht mehr bezahlt werden können.

Die sozialen Bilder in den verschiedenen Eisenbahndirektionsbezirken sind eindeutig niederdrückend und das Verhalten der deutschen Eisenbahnerverwaltung, die solche Zustände einreisen läßt, unverantwortlich. Die Eisenbahner wissen sehr genau, daß schwere Kosten durch die deutsche Reichsbahn aufgebracht werden müssen, allein die wirtschaftliche Lage der Reichsbahn ist doch nicht so lächlich, daß eine Lohnauflösung völlig ausgeschlossen ist. Jedenfalls geht das aus dem Vortrag, den Generaldirektor Decker vor kurzem im Vereinsclub in Hamburg gehalten hat, keineswegs hervor.

Der Wahlkampf.

SPD. Dessau, 9. Novbr. (Eig. Draht.)

Die am Sonntag stattgefundenen Landtagswahl im Freistaat (Anhalt) hat, soweit man abends um 9 Uhr übersehen kann, der Sozialdemokratie einen glänzenden Erfolg gebracht. Dem Wahltag war ein wochenlanger, mit größter Erbitterung geführter Wahlkampf vorausgegangen, in dem sich in der Hauptstadt die Sozialdemokratie sowie die mit verbündeten Listen vorgehenden Demokraten, Mieter und Bodenreformer und das Zentrum auf der einen, und die sogenannte Volkgemeinschaft Stadt und Land (ein reaktionäres Gebilde, bestehend aus Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei, Landbund, Bauernbund, Hausbesitz, Handwerk und Gewerbe) auf der anderen Seite gegenüberstanden. Daneben hatten die Kommunisten und die Nationalsozialisten besondere Listen aufgestellt. Für die Linksparteien, insbesondere die Sozialdemokratie, kam es darauf an, das Ergebnis der Landtagswahl am 22. Juni d. J., das den Sturz des sozialdemokratisch-demokratischen Kabinetts Doetsch zur Folge gehabt hatte, zu korrigieren, d. h. der gegenwärtigen unreaktionären Regierung Knorr (2 Deutschnationale und 1 Volksparteier) eine Niederlage zu bereiten. Unsere Partei hatte gegen eine überaus schwüle Kampfweise der Reaktion anzutreten. In seiner Wahlkampf verfügte sich das Kabinett sogar dazu, Flugblätter und Plakate unserer Partei zu beschlagnehmen und Haussuchungen in den Redaktionen und Verlagsräumen unserer Parteizeitung in Dessau und Bernburg vornehmen zu lassen. Aber trotz aller Anstrengungen der Rechtsparteien und ihrer Regierung hat die Sozialdemokratie ihr Ziel erreicht und einen glänzenden Sieg erzielen. Der Wahlausgang in Anhalt, das zeigen schon die in den Abendstunden vorliegenden Wahlergebnisse, ist ein vielversprechendes Vorzeichen für den 7. Dezember.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Anhalt.

Rechtsblock und Kommunisten zusammengehauen.

Dessau, 10. November. (Radio.)

Das Wahlergebnis, daß in den späten Abendstunden bereits für ganz Anhalt vorlag, bedeutet einen glänzenden Sieg der Linken und insbesondere der Sozialdemokratie, die ihre Anhängerzahl um über 13 000 Stimmen erhöhen konnte. Die Demokraten haben ihre Stimmenzahl sogar verdoppelt. Dagegen hat der Rechtsblock, in dem sich alle Reaktionäre zusammenfanden, trotz höherer Wahlbeteiligung Stimmen eingebüßt. Im einzelnen sieht das Wahlergebnis wie folgt aus:

Sozialdemokraten	78 166	(22. 6. 64 943)
Demokraten	13 970	(22. 6. 6 188)
Bodenreformer	3 199	(22. 6. 3 005)
Zentrum	2 406	(22. 6. 2 009)
Kommunisten	11 113	(22. 6. 16 714)
National-Socialistische		
Freiheitspartei	7 908	(22. 6. 7 991)
Volkgemeinschaft	74 225	(22. 6. 74 522)

Danach verteilen sich die 36 Landtagsplätze wie folgt:

15 Sozialdemokraten
3 Demokraten
1 Bodenreformer
2 Kommunisten
1 Volkslist
14 Volkgemeinschaft

Danach hat der Linksblock 19 Sitze, der Rechtsblock 15.

Klassenjustiz in Sübed.

Von Dr. J. Leber.

Es gibt zwei Wege, um einem Duell aus dem Wege zu gehen. Erstens den mutigen: man lehnt das Duell aus Überzeugung ab. Zweitens den feigen: Man nimmt das Duell zum Schein an, sucht aber mit Hilfe eines vertrauten Kartellträgers Ausgleich, verschleppt die Geschichte und hofft, daß Gras darüber wächst.

Diesen zweiten Weg schlagen gewöhnlich diejenigen „satisfaktionsfähigen“ Helden ein, die zu feige sind, sich zu duellieren und auch nicht den Mut aufbringen, das Duell grundsätzlich abzulehnen.

Dr. Wittner hat diesen zweiten Weg gewählt; gerade aus seiner eigenen Verteidigungsrede ging das klar hervor. Er ließ durch seinen Kartellträger das Duell für seine Person annehmen, gleichzeitig aber mußte dieser Kartellträger „von sich aus“ erklären, daß die Bedingungen zu schwer sind. Herr Georg Schmidt, der gegnerische Kartellträger nahm diesen Vorgang gutgläubig zu Notiz. Und überbrachte Wittners Antwort an die in Frage kommenden weiteren Instanzen. Diese kannten offenbar die allgemein bekannten Schwächen der „Duellverweigerung aus Vorsicht“ besser als Herr Schmidt und sahen Wittners Antwort als „Abneigung“ an. Sie wußten eben ganz genau, daß ein Kartellträger „von sich aus“ solche Einwände gar nicht machen kann. Entweder er bringt die Antwort seines Mandanten in dessen Sinn oder er lehnt den Auftrag ab. Die Vermittlung ist doch Sache des Ehrentats und der hatte im Falle Wachenfeld-Wittner den Ausgleich ja schon abgelehnt.

Die Folge war, daß nunmehr ein ehrengerichtliches Verfahren gegen Dr. Wittner eingeleitet werden mußte wegen „Duellverweigerung“. Auch dieses Verfahren wurde verschleppt — Wittner machte inzwischen seine Palästinafahrt — und schließlich durch den Kriegsausbruch abgebrochen.

Wir wissen nicht, ob der Vorsitzende des Gerichts die Duellgebräuche kennt. Kennt er sie nicht, dann mußte er durch Sachverständige und weitere Beweisaufnahme die Sachlage klären, kannte er sie, dann mußte er zunächst die Frage aufrufen: Wie kam es, daß eine im Jahre 1912 angenommene „Duellforderung“ im August 1914 noch nicht zum Austrag gebracht war? Nur die Akten des ehrengerichtlichen Verfahrens konnten darauf erschöpfend Auskunft geben; deshalb mußten diese Akten angefordert werden.

Der Richter stellte sich ganz anders ein. Er lehnte alle Beweisanträge der Verteidigung des Gen. Bauer ab und stützte seine ganze Beurteilung des Verhaltens Dr. Wittners auf die persönliche Auffassung des Zeugen Schmidt.

Noch mehr: Der Richter lehnte auch die Beweiserhebung über einen Vorfall ab, der sich im März abgespielt hatte und auf den der sozialdemokratische Angriff in der Bürgerschaft im Mai ebenfalls Bezug genommen hatte. Auch in diesem Fall hat Dr. Wittner einen Herrn, mit dem er „geschäftliche“ Differenzen hatte, persönlich beleidigt. Und als dieser Herr die Genugtuung forderte, die nach den Anschuldigungen des Dr. Wittner oberste Ehrenpflicht eines deutschen Mannes ist, rief Dr. Wittner auf allen Wieren mit der schamlosen Ansrede über seine eigene Ehregeißel hinweg. Mit diesem unglaublichen Verhalten eines „deutschstädtischen Moralisten“ hat sich die Staatsanwaltschaft schon beschäftigt, wie der von uns am Sonnabend mitgeteilte Antrag auf Aufhebung der Immunität Dr. Wittners beweist.

Trotzdem hat, wie gesagt, der Richter die Beweisaufnahme über diesen Punkt abgelehnt. Es war das, wohlverstanden, denselben Richter, der im Prozeß Leber-Friede über die unmöglichsten Sachen verhandeln ließ, zum Teil sogar Dinge heranziehen wollte, die monatelang nach den Beleidigungsartikeln Friedes lagen.

Das zunächst zur Frage der Beweisaufnahme!

In der zweiten Instanz wird noch eine andere Frage zu prüfen sein. Darf eine Zeitung eine Tatsache, die in der Bürgerschaft festgestellt wird, der Öffentlichkeit mitteilen? Besonders wenn es sich um eine Feststellung handelt, gegen die der Angeklagte nicht einmal zu protestieren wagte? Wie es bei Wittner der Fall war.

Gewiß hat die Presse für eventuelle Beleidigungen, die sie an die Feststellung des Bürgerschaftsberichtes anknüpfen. Aber es kann sich dabei doch nur um „formale“ Beleidigung handeln. Da ja die Tatsachen selbst vor aller Öffentlichkeit im Parlament festgestellt sind.

Gerade in diesem Zusammenhang dürfen wir vielleicht auf ein anderes Urteil verweisen. Dr. Wittner hatte einem Sozialdemokraten Beleidlichkeit vorgeworfen. Er hatte diese Beleidigung nach seinem Ausscheiden aus der Bürgerschaft wiederholen. Den Wahrheitsbeweis konnte er nicht erbringen. Trotzdem sprach ihn das Gericht frei, da der sachliche Inhalt der Beleidigung zuerst in der Bürgerschaft ausgesprochen worden war.

Jedenfalls wird die zweite Instanz auch diese Frage klären müssen.

Das Ungeheuerlichste am Urteil aber ist, neben der Beweisaufnahme und der juristischen Konstruktion, die Höhe der Strafe. 1000 Mark Geldstrafe sind in solchem Falle selbst nicht von den berüchtigten Blutrütern unter Wilhelm II. ausgesprochen worden.

Wir haben zum Vergleich gestern schon eine Reihe von Urteilen veröffentlicht, die wegen Beleidigung des Reichspräsidenten und deutscher Minister verhängt worden sind. 50 Mark! 100 Mark! usw. Und wegen Beleidigung eines Mannes wie Dr. Wittner

1000 Mark. Eines Mannes, auf den die ausgesprochene Beleidigung in ihrem Wesen zutrifft. Eines Mannes, der selbst in eigenen Kreisen einen erheblichen Teil seiner persönlichen Reputation eingebüßt hat. Wir sind bereit, für diese unsre Behauptung die Zeugen dagegen zu bringen.

Das ausgesprochene Urteil hat Dr. Miller einen schlechten Dienst erwiesen. Es hat die öffentliche Meinung unserer Stadt in Bewegung versetzt. Und nun beginnt der Kampf erst recht! Nun werden wir immer wieder die Frage an die Lübecker Bevölkerung und an die Arbeiterschaft richten: Soll auch Lübeck jetzt Schauplatz werden für zweierlei Maß?

Man mög an unserer bisherigen Gerichtsharkeit manches auszusuchen haben. Eins haben auch wir nie geleugnet: daß die Gemeinschaft unserer Richter nach besten Kräften sich bemühte, die alte Vereinigungsmöglichkeit gegen Arbeiter und Sozialdemokraten wenigstens zum Teil in sich zu unterdrücken. Unsere Gerichtsharkeit hat damit auch in den Augen der Arbeiterschaft ein gewisses Anfangskapital von Vertrauen angehäuft.

Dieses Kapital ist durch ein einziges Urteil vergeblich und verloren. Und es wird schwer sein, in späteren Instanzen das Gleichgewicht wieder herzustellen.

Auf jeden Fall ist unser Vertrauen zu einer Rechtsprechung, die hier ein Amtsrichter Wibel in diesem Prozeß gezeigt hat, aufs schwere erschüttert.

Und wir werden in diesem Wahlkampf an die gesamte Bevölkerung Lübecks appellieren mit der Parole:

Hilft der Sozialdemokratie, auch in unserem Recht die Gerechtigkeit siegen zu lassen.

Nieder mit der Klassenjustiz!

Das Wahlgeschäft der Reichsregierung

Herabsetzung der Umlauf- und Einkommensteuer.

Am Sonnabend nahm der Reichsfinanzminister Dr. Luther vor der Presse Gelegenheit, den Inhalt der kommenden Postverordnung zu kommentieren. Danach wird die Umlaufsteuer von 2 auf 1½ % und die Einkommensteuer von 15 auf 10 % ermäßigt werden. Es besteht jedoch die Möglichkeit, die Umlaufsteuer in fürchterlicher Zeit weiter herunterzuschieben. Bei der vertragten Einkommensteuer bleibt der Satz von 20 %, der von einem Einkommen über 8000 M. erhoben wird, bestehen. Dagegen wird die steuerfreie Grenze beim Umlaufzug auf 720 M. erhöht und ein Steuerzoll von 80 Pf. pro Monat nicht eingezogen. Durch diese Maßnahme erhöht sich das steuerfreie Einkommen für einen Junggesellen jährig auf 875 M., für den Verheirateten mit einem Kind auf 896 M., für den Verheirateten mit zwei Kindern auf 929 M. usw. Ein Verheirateter mit acht Kindern genießt ein steuerfreies Einkommen bis 2000 M. Für die Einkommenssteuer-Vorauszahlung ist eine Senkung von 25 % vorgesehen. Diese Abdeckung tritt bereits am 1. Dezember in Kraft, während die Heraufsetzung der Umlaufsteuer aus technischen Gründen erst vom 1. Januar 1925 ab gilt.

Der Reichsfinanzminister betonte im weiteren Verlaufe seiner Erklärung, daß das Ziel der Steuermilderung eine allgemeine Senkung der Lasten bezwecke, die heute auf Volk und Wirtschaft ruhen. Vor allen Dingen temme eine Senkung der Ländere- und Gemeindesteuer in Frage, die ergänzt werden müsse durch eine billigeren Berechnung von Elektrizität, Gas und Wasser. Tatsächlich gebe es heute bereits Länder und Gemeinden, deren Finanzen jetzt gut eine Senkung erlaubten. Demgegenüber haben die Länder in den Verhandlungen der verfehlten Woche darauf verzweifelt, daß die Steuermilderungen ihren Stiel geschlagen. Es konnte trotzdem aber ein Kompromiß herbeigeführt werden, nach dem das Reich den Ländern einen Status gewährt, der nicht unter dem vom Reich überwiesenen Steueranteil im August und September 1924 liegen soll. Die Abmachungen gelten bis zum 31. März 1925. Sie zeigen, daß sich die finanzielle Lage des Reiches im Vergleich zu den letzten Monaten stark gebessert hat.

Der Reichsfinanzminister läßt die Entwicklung auf die gesündete politische Lage zurück. Die 869-Millionen-Anleihe, die Herstellung der Wirtschaftssicherheit mit Zoll- und Steuerfreiheit des Reiches, weiter der Weißfall vom letzten für die Wiederaufbau und der Hoffnung von Wiederaufbau aus die Dawes-Kästen haben eine große Entlastung verschafft. Die Entlastung soll gleichzeitig zur Erholung der Wirtschaft werden. Kein Zweifel, daß eine derartige Wölfe im Auslande ein unerträliches Eago finden wird. Man sollte aber jenseits der deutschen Grenzen nicht vergessen, daß die Steuerbelastung in Deutschland, gemeinsam mit der Armut unserer Schöpfung, bedeutend höher ist und Deutschland die Wölfe bei während des ihm gewährten Mortoriums seine Wirklichkeit so leicht zu machen, daß es seine künftigen Verpflichtungen aus dem Dawes-Plan erfüllen kann.

Kompliziert wird die gegenwärtige Lage durch die Auflösung des Reichstags, da jede deutsche Regierung vor Maßnahmen steht, die nur durch eine von einer starken Reichstagsmajorität geführten Regierung durchgeführt werden können. U. a. gehört zu diesen Maßnahmen der Finanzausgleich und das Problem der Lohnverteilung. Die Vorbereitung für den Finanzausgleich ist fertiggestellt. Auch der Haushaltsexpeditiv für 1925 ist bestimmt worden. Er enthält aber die alten Steuern, da die sozialistische Regelung bis jetzt noch nicht geöffnet ist und zu den Fristen der sich auf den neuen Reichstag stützenden Regierung gehören. Dagegen wird die Erledigung der Beamtengehälter noch durch die Regierung Marx ihre Erledigung untersetzen. Der Reichsfinanzminister betont, daß diese Lohnfortsetzung unabdingbar sei, um die Kaufkraft zu erhalten. Gegenüber der Wirtschaft beweist er in diesem Zusammenhang, daß mit den Gewerken nur beruhigungsgegangen werden könne, wenn die Wirtschaft die Preise erniedrigt.

Im Rahmen seines Vortrages berührte Dr. Luther auch die Aufwertungsfrage und stellte fest, daß sich die ursprünglichen Grundlagen der Aufwertung nicht verändert haben, obwohl sich die Finanzlage des Reiches besserte. Seiner Ansicht nach kommt nur eine Aufwertung in Frage, die sich im Durchschnitt auf die sozialen Bedürfnisse bezieht.

Dass die Reichsregierung gerade in diesem Augenblick zur Steuerherabsetzung greife, ist mehr als eigenartig. Es ist halt eine neue Methode, gau zu wählen zu müssen.

Dass sie aber überhaupt dazu schreien kann, ist das Verdienst der sozialdemokratischen Verhandlungsarbeit, die erste Freiheit der von der Sozialdemokratie seit Jahren verfolgten Erfüllungs-politik.

Endlich haben wir auf dem Standpunkt, daß eine Heraufsetzung der Umlaufsteuer, die das Einkommen der Massen am meisten belastet, durchaus geboten ist und ebenso eine Widerlung des Schwundes.

Aber genau die Regierung des Werd u. C. am Schwange auf. Wenn sich die Finanzlage des Reiches wirklich so erstaunlich gebessert hat, so wäre es die erste Pflicht der Regierung, ganz einfach einmal die Reischaarbeiter und andere Bevölkerung entlohnend und dem grausamen Elend der Gewerkschaften zu jagen.

Eine Hilfe für die, die leicht am meisten bedürfen, dann allgemeine Steuermilderung.

Was wird aus der Beamtenbesoldung.

Verbindliche Regierungserklärungen.

Die Reichsregierung hat nach amtlicher Mitteilung über die Bekanntmachung vom 8. November sich zu dem Geschehen durch-

gerungen, eine „maßvolle allgemeine Aufbesserung der Beamtengehälter zum Zwecke ihrer weiteren Annäherung an die Friedensnehmungsgehälter“ so bald wie möglich durchzuführen. Diese mehr als vorsichtige Formulierung der Absichten der Reichsregierung muss die untere Beamenschaft stützen machen. Bekanntlich haben die höheren Beamten bis jetzt 80 % ihres Friedensgehaltes erreicht und der Reichsbund der höheren Beamten hat auf seiner Tagung in Dresden vor kurzem die „längst notwendige Wiederherstellung der Kriegsgehälter“ gefordert. Will nun das Reichsgebäude etwa in der Hauptsache nur die Annäherung an die Friedensgehalter der höheren Beamten? Hier wäre Klarheit dringend erwünscht, damit das Reichsfinanzministerium, das zurzeit eine neue Besoldungsvorlage ausarbeitet, rechtzeitig vor Missgriffen gewarnt werden kann. Die unteren Beamten sind schon vor dem Kriege furchtbar schlecht bezahlt worden, aber damals hatten wir noch keine chronische Teuerung wie heute.

Das zweite Gesicht.



Reine Auflösung des sächsischen Landtags.

SPD. Dresden, 8. November. (Sig. Drahtbe)

Der sächsische Landtag lehnte am Sonnabend nachmittag einen deutschnationalen Antrag auf Auflösung des Landtags und Neuwahl zum 7. Dezember mit 30 gegen 23 Stimmen ab. Für den Antrag auf Auflösung stimmten außer den Deutschnationalen die Kommunisten und der linke Flügel der sozialdemokratischen Fraktion. Genossen Schwarz begründete diese Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten, die für die Auflösung stimmten, mit dem Bedarf des legitimen Landesparteitages. Für die Fraktionsmehrheit war es genug Wirklich, der eine Auflösung des sächsischen Landtages im jetzigen Augenblick als unangebracht bezeichnete. Mit der Fraktionsmehrheit stimmten die Demokraten und die Volkspartei, deren Redner die deutschnationalen und kommunistischen Anträge gegen die Koalitionsregierung scharf zurückwiesen.

Die Abstimmung der Genossen der sächsischen Fraktionsmehrheit ist sehr zu bedauern. Nachdem der Landesparteitag der sächsischen Sozialdemokratie einstimmig beschlossen hatte, für die Auflösung zu stimmen, nachdem noch am Tage vor der Abstimmung eine gemeinsame Konferenz der Landesintendanten und der Fraktion den Beschluss bestätigte, war es Pflicht der Genossen der Fraktionsmehrheit, ihr diesem Beschluss zu folgen. Der Grund ihres Unfalls ist in Unstimmigkeiten bei der Kandidatenaufstellung zu suchen, über die eine Einigung trotz des vermittelnden Einigungsdes Reichsparteivorstandes nicht zu erzielen war. Es ist auch anzugeben, daß der Entschluß des Reichsparteivorstandes im Sinne der sächsischen Fraktionsmehrheit ausgelegt werden kann.

Trotzdem heißt die Fortsetzungswelle dieser Genossen ein leicht bedauerlicher Disziplinarbruch, auch wenn sie der Ansicht sind, daß die überwältigende Mehrheit der Mitglieder auf verhängnisvollem Wege ist — und den guten Glauben wollen wir ihnen nicht bestreiten — haben sie die Pflicht, um dem Willen der Mitgliederversammlung zu folgen. Wir kennen keine Diktatur der Führer; und der Wirklich, sich in diesem Sinne zu betätigen, kann die Partei nur schädigen.

Ludendorff wird tödig.

Er wettert gegen die „Reaktion“.

München, 8. November.

Am Freitag abend hielt Ludendorff im historischen Bürgerbräukeller in einer Versammlung der Nationalsozialisten eine Rede, in der er sich stark gegen Rudolf Augustus stellte. Er teilte dabei mit, daß am Mittwoch nunmehr auch die Vorsitzenden der Offiziersverbände beschlossen hätten, sich hinter den benannten Beschluss der 27 bayrischen Generäle zu stellen. Jeder Offizier, der sich zum Deutschen Offiziersbund und damit zur Standesgemeinschaft mit Ludendorff verbunden, werde gehetzt. Nach leichten Würdigung und Entzündung erklärte Ludendorff dann: „Was jetzt in Bayern vor sich geht, ist Byzantinismus, das ist Reaktion der klassischen Art.“ Sie spielt mit der Treue dem angesprochenen Herrscherhaus gegenüber, sie spielt mit dem schändlichem Feind der Offiziere. Das ist ungeheuerlich, daß jeder entstandene Mensch sich mit Schänden davon abwenden müsse. Ich habe mich stets für das Offizierskorps eingesetzt. Ich nehme mir heute das Recht, vor den Offizieren zu sagen, daß sie sich am Ende der ganzen Welt machen. (Da hat er recht. D. R.) Zum Schluss teilte Ludendorff mit, daß ihm täglich aus allen Teilen Deutschlands von vaterländischen Kreisen die Aufruhrer zugehen, gegen Schwarz-Rot-Gold eine geschlossene Front zu bilden. Aber solange diese Reaktion sich auch als vaterländisch bezeichnet, solange könne von einer solchen Front keine Rede sein. Nach den Erklärungen Ludendorff sprach Graf Revetius über „jüdische Weltpolitik“.

In einer gleichzeitig stattfindenden Versammlung der Großdeutschen Volkgemeinschaft gab der Redner des Abends, E. Thür, Dinter im Namen des Vollzugsausschusses die Erklärung ab, daß die Großdeutsche Volkgemeinschaft auf keinen Fall ihre Stimmen bedranglos der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung geben würde. Es müßte sich in dieser Freiheitspartei noch ein wesentlicher Gesinnungswandel vollziehen. Vor allem müßte der Großdeutsche Volkgemeinschaft ein Einfluß auf die Aufstellung der Kandidaten eingeräumt werden.

Die bayrischen Königsmaher.

Die Putschgefahr in München.

Exkronprinz Ruprecht, Deutschlands gefährlichster Putschist, besucht jetzt gewohnheitsmäßig Fest, auf denen er sich als König huldigen läßt. Auch steht dieser katholische Kronpräendent in enger Verbindung mit der Leitung des Heimat- und Königsbundes, der den monarchistischen Putsch vorbereitet. Erster Vorsitzer dieses Brecherclubs ist Bezirksgemeiter Kanzler in Rosenheim, der von seinem Wohnort aus mit den reaktionären Heimatverbänden in Österreich und mit Horthy-Ungarn ständig zusammenwirkt, um mit ausländischer Hilfe sein Stückchen durchzuhalten. Eine fürstlich erschienene Schrift eines Freiherrn v. Retzin, „Das bayrische Problem“ propagiert gleichfalls die Aufrufung der Monarchie, „in der ohnehin bereits verfallenen Deutschen Republik“, und die dem Heimat- und Königsbund nahestehenden Blätter fordern von der katholischen Volkspartei, jegt aus ihrer platonischen Königstreue herauszutreten und für Wiederherstellung der Monarchie zu handeln. Ministerpräsident Held spricht sich nun im „Regensburger Anzeiger“ begeistert für die monarchistische Staatsform aus, warnt aber praktisch vor der „staatlichen Monarchie“ eines bayrischen Königs im Reiche Oberösterreich. Aehnlich äußert sich die „Bayerische Volksparteidokument“.

Aus all diesen Stimmen klingt heraus, daß die Drahtzieher den Zeitpunkt zum Loschlagen im Augenblick noch nicht für günstig halten. Sie warten offenbar auf den Ausgang der Wahlen, und hoffen unter einer Bürgerblockregierung freies Spiel zu haben.

Nur eine Rettung gibt es noch vor dem neuen Bürgerkrieg. Eine starke republikanische Mehrheit im Reichstag. Wähler denkt daran!

Die Sozialdemokratie für die Ausländerdeutschen.

Auf eine Anfrage des Bundes der Ausländerdeutschen E. B. hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion folgende Antwort ergeben: „Die Sozialdemokratische Partei anerkennt die Wirkung des deutischen Reiches, die Ausländerdeutschen nach Möglichkeit zu entlasten. Sie hält die bisher gewährten Entschädigungen für unzureichend, insbesondere bei der Masse der Entschädigungsberichtigten in kleineren Beträgen. Die Sozialdemokratische Partei wird deshalb für eine ausreichende Entschädigung dieser Schichten eintreten und dahin wirken, daß die Möglichkeit durch die Besteuerung der großen Einkommen, Vermögen und Erbschaften geschaffen wird.“

Deutscher Protest gegen die Verhaftung des Generals Nathusius.

Der Grund der Anklage.

Paris, 9. November.

Über den Schritt, den am Sonnabend im Auftrage der deutschen Regierung Offiziersrat Riech in der Angelegenheit des Generals von Nathusius beim Auswärtigen Amt unternommen hat, glaubt der „Figaro“ folgende Angaben machen zu können: Herr Riech hat gegen die Verhaftung des deutschen Generals sofern Protest eingelegt mit der Begründung, daß die deutsche Regierung das Urteil des Kriegsgerichts nicht anerkenne. Demgemäß verlangt sie die sofortige Freilassung des verhafteten Offiziers. Der politische Direktor des Außenministeriums habe demgegenüber erwidert, daß General von Nathusius auf Grund eines Urteils verhaftet worden sei, das unanfechtbar sei. Denn die Alliierten hätten sich formal das Recht vorbehalten, auch die nicht auf der Liste der Kriegsbeschuldigten stehenden deutschen Offiziere zur Verantwortung zu ziehen, wenn ihnen Verstöße gegen das Kriegsrecht nachgewiesen werden können. Die Boulevardsprese veröffentlicht längere Telegramme aus Lille, wonach der Fabrikant aus Roubaix, in dessen Villa General von Nathusius einquartiert gewesen war und dessen Anzeige die Enthaltung des Gerichtsverfahrens seinerzeit veranlaßt hatte, die damals gemachten Aussagen im vollen Umfang aufrecht erhalten. Er habe u. a. behauptet, daß General von Nathusius bei dem Rückzug im Oktober 1918 mehrere Kisten mit Kleidungsstücken, Pelzen und Wäsche im Werte von 8000 Francs mitgenommen habe. Auf die ihm von der Haushälterin des Habituants gemachten Vorhaltungen habe er ausdrücklich erklärt, daß diese Gegenstände für seine Frau und seine Kinder bestimmt seien. Ein anderer Zeuge will die gepackten Kisten und auf einer die Adresse des Generals in Cambrai gesehen haben.

Wie weit diese Angaben zutreffen wird die in der nächsten Woche stattfindende Revision des Prozesses zu erweisen haben. Die bisher mit den Urteilen der französischen Kriegsgerichte gemachten Erklärungen haben gezeigt, daß in den wenigen Fällen, wo eine Wiederaufnahme des Verfahrens in Gegenwart der Angeklagten stattgefunden hat, die Verhaftung wegen jedesmal verhaftet. Es ist in der vergangenen Woche ein ehemaliger deutscher Offizier, der jetzt Stadtschreiber von Haguenau ist, und der von einem französischen Kriegsgericht wegen ähnlicher Delikte zu 10 Jahren Justiz verurteilt worden war, in der Berufungsverhandlung, in der sich die Zeugen mehrwürdigemweise ihrer früheren Angaben nicht mehr genau zu erinnern wußten, freigesprochen worden.

Der Hungerstreik auf den Solowetzen-Inseln beendet.

Der Hungerstreik auf den Solowetzen-Inseln hat glücklicherweise zu keinem tragischen Ende geführt.

Die durch den Alarm der ganzen europäischen sozialistischen Presse und die sofortige Intervention der englischen Genossen überreichte Sowjetregierung hat eine spezielle Kommission nach Solowetzen entsandt, der es durch rechtzeitiges Nachgeben in vielen Punkten gelungen zu sein scheint, die Gefangenen zur baldigen Aufgabe des Hungerstreiks zu bewegen. Die Kranken und diejenigen Gefangenen, deren Verbannungsfrist abgelaufen ist oder demnächst abläuft, sind auf den Kontinent transportiert worden. Für die auf der Insel Verbliebenen scheint die Ernährung verbessert und das allgemeine Regime erleichtert worden zu sein. Dem Verzweiflungsalt der Gefangenen und der Unterführung durch die europäischen Sozialisten ist es daher gelungen, einen teilweisen Sieg davon zu tragen. Über die „Schreckensinsel“ ist nicht abgeschafft worden und mit ihrem Weiterbestand ist auch die Gefahr der Wiederholung als der traumigen Vorfälle geblieben. Es bedarf einer weiteren energischen Aktion des europäischen sozialistischen Proletariats, um die vollständige Abschaffung des Solowetzen-Systems und eine allgemeine Amnestie in Russland zu erreichen.

Amtlicher Teil

Am Dienstag, dem 11. November 1924, vorm. 11 Uhr, wird der Kapitän vom Dampfer „Hermann Otto Tippel 14“ wegen seiner Reise von Königsberg auf hier im Gerichtshause, Zimmer 9, Verklärung ablegen. (1109) Amtsgericht Lübeck.

Straßenperrung.

Die Wendische Straße wird vom Hansaring ab bis Ende d. Jg. für den Fuhrwerksverkehr gesperrt sein. (1108) Lübeck, den 6. Nov. 1924. Das Polizeiamt.

Hausschlachtungen

dürfen bis auf weiteres nur Dienstags, Mittwochs, Donnerstags und Freitags von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags vorgerichtet werden.

Lübeck, den 10. November 1924.

(1109) Die Schlachthofbehörde.

Nichtamtlicher Teil

Für die vielen Glückwünsche u. Geschenke zur Verlobung dankenbegeistert
Gertrud Langmaak

Karl Denker (11073)

Für die vielen Glückwünsche u. Geschenke zur Vermählung dankenherztl.

Otto Nei und Frau Terese, geb. Schunck

Möbeling. (1109)

Rauchzeug
preiswert und gut
C. Wittfoot
Ob. Huxstr. 18

BILLIG
und
Uhrreparaturen
zu-
verlässig!
1 Jahr Garantie.
Herm. Voß, Uhrmacher

Jetzt nur
Fleischbauerstr. 36.
(11042)

**Bierde- und
Suh-Haare**

kaufst zum höchsten Tages-
preis (11047)

J. L. Würzburg
Wahmstr. 22a J. 758

Annahme v. Hellen zum
Gerben.

Gegen
Rheumatismus,
Sicht u. Hexenschuß
ist ein altes Heilmittel

Katzenfelle
in all. Größen von

2.75 M. an
Ferd. Kaysch

Breite Str. 81 (11070)

Zufall. gef. 1 Klappst.,
Waschbäl. u. Spülkübel
Ang. u. D 539 a. d. G. 11071

Ein Portemonnaie m.
Jnh. u. Lusm. v. Rock-
str.-Schönkampstr. verl.
Abg. Schönkampstr. 221,
abv. v. 6-7½ Uhr. (11050)

Schneiderin empf. sich
in und außer dem Hause.
Ang. u. D 535 a. d. G. 11051

„Im Handelshof“

dem modernen Kontorhaus am Bahnhof, sind noch Fabrikations- und Lagerräume sowie einige Kontore frei

Pactow & Stühmer

„Handelshof“. 11050

Kasper-Ohm un ic.

Plattdeutsche Erzählungen von
John Brindman

Preis 2 Mt.

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46

11 Uhr, wird der Kapitän vom Dampfer „Hermann Otto Tippel 14“ wegen seiner Reise von Königsberg auf hier im Gerichtshause, Zimmer 9, Verklärung ablegen. (1109) Amtsgericht Lübeck.

Diese Woche!

ca. 2000 Herren- u. Jünglingshosen

in Buckskin, Kammgarn, Pilot,
Zwirn, Manchester und Drell

mit einem Extra-Rabatt

von 10%

auf meine anerkannt willigen Preise.

Johannes Holst

Markt 6 Lübeck Kohlmarkt 6

11073

Prima geloe Industrie Staatsfach

ausgeführte Ware. Benner M. 4.50

am Dienstag 11083
ab Waggon Schuppen 3

Billig! Der weitste Weg
lohn't sich! **Billig!**

Gummihosen, 1800 u. 2000
Ritz- und Ledergummihosen. Kinder- und
Herrenstiefel, Kammschuhe, Turn-
schuhe, Normalsäcke, Wolle, wolle
Westen, Streimöve, Schürzen usw.

August Rautert

Große Kiteiche 11-13 11064

Geben trotz meiner denbar billigen Preise bis
Sonntag, den 15. November, 5% Rabatt

DIPLOME

für Jubiläen
Silber-Hochzeiten usw.

vorrätig

Buchhandlung

„Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46

Ab Montag 5000 Stück

Oeffnherzen

Stoffes 50 Pf. 60. Geklo 70 Pf.
Gummier-, Fuß-, Halsklo 60 Pf. 60 Pf.

11084 6. Seäuer, Wahmstr. 22

Geschäfts-Eröffnung!

Morgen Dienstag, eröffne ich

Huxstraße 30

ein zweites Lederwaren-
Spezial-Geschäft

Meine hochverehrte Kundschaft, sowie ein ver-
ehrliches Publikum wolle hiervon gefl. Kenntnis nehmen.
Ich führe in diesem wie im ersten Geschäft

ff. Lederwaren aller Art, wie: Hand-
taschen, Besuchs- u. Gutscheintaschen
Tresors, Akten-, Musik- und Schreib-
mappen, Mustertaschen, Schulranzen,
Maulbügeltaschen, Koffer- und Stadt-
koffer sowie sämtliche ff. Lederwaren

Aus Anlaß der Eröffnung meines zweiten Geschäfts
gewähre ich bis einschl. Sonntag, den 15. November

10% Rabatt

Kennen Sie meine Preise???

Die Ware gut! Bedienung reell! Preise niedrig!

Max Brenmann

Kohlmarkt 17 (11054) Huxstraße 80

Konsumverein für Lübeck und Umgegend

Neu aufgenommen: 11055

Ia. Italiener Salat . . . ½ Pfund 90

Ia. Heringssalat . . . ½ Pfund 55

sehr erfrischend

Görlitzer Prünellen

eine vorzügliche Frucht zur Herstellung schmackhalter
Suppen und Komposte 1½ Pfund 50

sehr ergiebig

Süße Weintrauben . . . 50 u. 70

RICHARD LOHMANN



HILDE LICHTIWARK

Tage einer entwurzelten Jugend
Ein Roman, wie er spannender, erschütternder
nie geschrieben wurde

In Ganzleinen gebunden 2,50 M.

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“

Johannisstraße 46

Wir stellen zum Verkauf ca.

3000 Zentner

prima eingestiebten

klein.Gaskoks

ca. 10/20 mm (aus besten englischen Kohlen gewonnen)

Ztr. nur 1 Gmk.

— ab Lager Geniner Ufer bei der Gasanstalt —

Frei Haus 15 Pf pro Zentner mehr.

Obiger Koks eignet sich auch zum Mischen zwischen grös. Abmengen

Possehl's Kohlenhandel

Alt. Mühlenstr. 62 11062

Fernsprecher 8720 bis 8723

Motorrad 3 PS.

äußerst billig zu verkaufen.
Th. Vosder,
Schwarz. Allee 57 (11088)

Pa-deutsche Winter
u. Wirtschaftssäpfel

Gravensteiner
Goldreinetten v. Blehm-
heim
Goldparmänen
Sterneketten
Annanadreinetten
Herberdeketten
Baumannketten
Casseler Ketten
Roter Galvill
Kardinal
Danziger Kantapiel
Eisenkopf u. a. m.
empfiehlt in großer Aus-
wahl zu mäßigen Preisen
C. Straubing

Molslinger Allee 10
Festspr. 1170 (11056)
Vorteilh. Bezugsg. für
Wiederhol. u. Großverbr.

Ja, gesunde, trockene

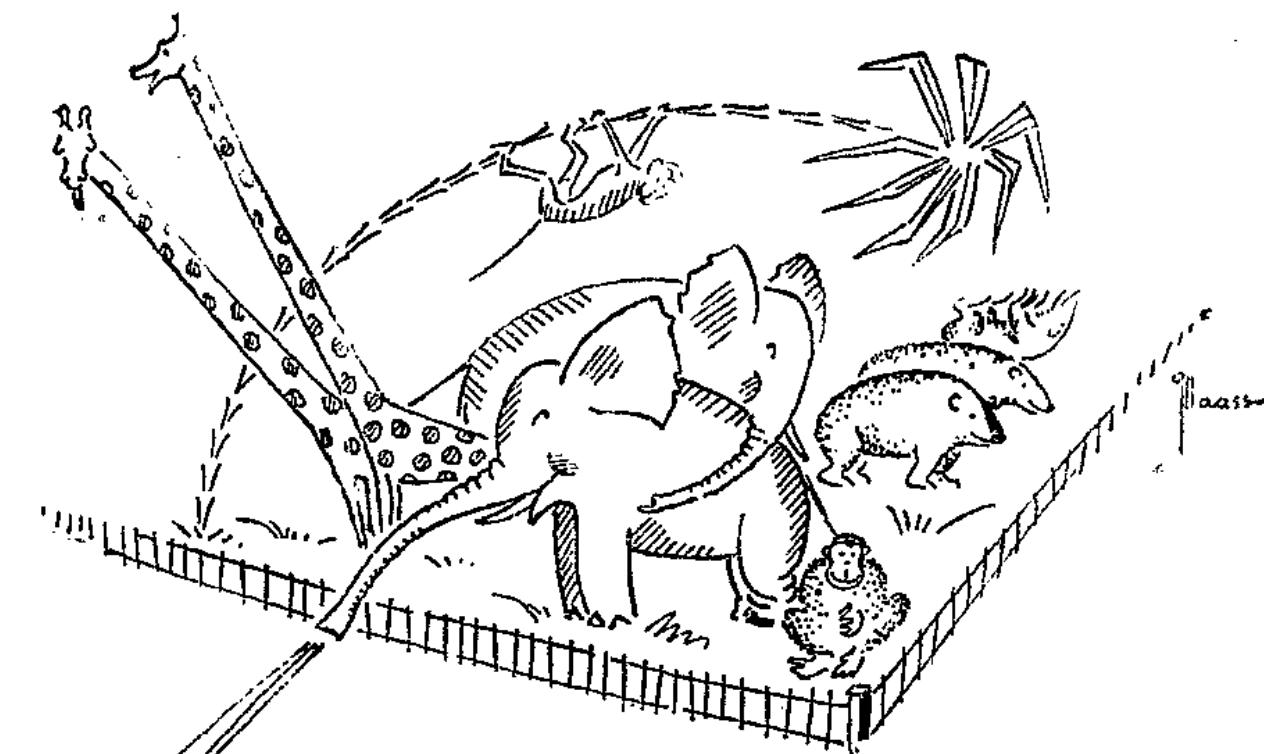
Futter-
Kartoffeln
Ja. Steckrüben

empfiehlt Billia
Wilhelm Süke,
Schwarzer Allee 46:
Tel. 8822 (11056)

333
D.R.P.
Blaue Litze 4 M. ap.
585
8 M. an.
Garantie-Wecker 4 Mk.
800 Silber — 9 gest.
Alpaka-Bestecke.
H. Schulz, Uhrmacher,
20 Johannisstraße 20

Zigaretten
Zigarren

C. Wittfoot
Ob. Hüxstr. 18
Aben-Bühner, Haußen 13.
Gute Weckbücher v. 4.40 an
11046



Der Zoo eröffnet! *

die in Sonnenschein Ihnen wohlauf
töricht morgens und nachmittags vorzuzeigen!

* In 7 Schaufenstern der Fa. Rudolph Karstadt n.G.

... und abends in die Fledermaus - Varieté, Kabarett, Tanz

Reklame-Angebot

E. Grüne's billigem Möbellager!

Um meinen Kundenkreis immer mehr zu vergrößern, verkaufe ich zu folgenden
konturenlosen billigen Preisen

Sicherer Sch-Zimmer
prima Arbeit, best. aus:
1 Büfett, 140 cm breit
1 Kredenz, 100 cm breit
1 Schreibtisch, 90/125
6 Stühle mit Rindleder
zu: nur 425 M

Sicherer Sch-Zimmer
prima Arbeit, best. aus:
1 Diplom-Schreibtisch
1 Bücherschrank
1 Schreibtisch-Schrank
1 Stuhl (Rindleder)
2 Stühle m. Rindleder
zu: nur 250 M

für jedes Einzel-Möbel
Kündigung in großer Auswahl vorrätig

Bolster-Möbel in prima Verarbeitung
Teilzahlung ohne Aufschluss und ohne Zinsberechnung

Ohne Rückicht auf meine niedrigen Preise
anmieten ist bei Barzahlung

10% Rabatt
Sicherle Möbel können i. Höhe frei lagern —
Neu Soden — Beratung direkt ab Lager
Verkaufslager

nur Breite Straße 21 (Hinterhaus)
Nr. Bezeichnung: 2 h e Kaufzwang! Ein
Beratung führt zu deutscher Kundshaft

Isaac Frankenthal
hochzährend. Bestegrade 58 Est. 1851
Forder Sie meine Preisliste!

Haare

Stadthallen-Lichtspiele

Uraufführung!

Wir erwerben für unser Theater das Aufführungsrecht
des großen vornehmen Sitten- und Warnungsfilms

„Mater dolorosa“

Mutter

6 Akte. du Schmerzensreiche 6 Akte

Ein Drama aus der Großstadt unserer Zeit.

Ein Spiel von Treue und Liebe, Untreue und Mutterliebe.

Die Hauptdarsteller:

Jika Grünning, Hanni Weisse,
Rudolph Klein-Rohden, Paul Bildt

Dieser Film ist eine erschütternde Anklage für jeden Mann —
für jeden Vater, ein durchdringender Warnruf für jede Tochter
— für jede Mutter!

Spiel und Ehre

Drama in 7 Akten

Ein Gegenwartsbild aus dem amerikanischen Sportleben

Aktuelle Wochenschau
u. a. Aufnahmen von
der Ozeanfahrt des Z. R. 3

Anfang der Vorstellungen: nachmittags 4.30, abends 7.30 Uhr

Lübeck im Film, 1. Teil
Originalaufnahmen
von Lübeck und Umgegend

11091

Geben Dienstag
von 3-6 Uhr:

Cimerbier.
11044 **H. Bade.**

Neu. Boxc.-H.-Stief. Gr. 40
10 Mt. Tadell. Boxc.-D.-
Stiefel, Doppell. Gr. 36
10 Mt. N. D. Gummisch.
Gr. 42, 4 Mt. Sehr gute
Mitt.-Wandl. f. 18-22.
15 Mt. Apo. u. D. 521a. Gr.
11052

Verband der
Ortsvereine- und
Stadtarbeiter.

Betriebsräte und
Vertrauensleute!

Dienstag abend 7 1/2 Uhr

Versammlung

bei Schulz, Drückhammers
Gasthof, Marlesgrube.

Der Vorstand

aus Theater

Ab Dienstag,
d. 11. November:

Ganz kurzes
Gespielt
des Carl-Schmitz-
Theaters Hambg.

Die Frau
ohne Hub

Operette in
3 Akten von
Rich. Keßler
Musik von
Walter Kolle.

Dagl. 8 Uhr

Stadttheater Lübeck

Montag 7.30 Uhr:

3. Volkst. Konzert

Dienstag 7.30 Uhr:

Der Fliegende Hol-

länder

Mittwoch 7.30:

Der Bibliothekar

Luisenlust

Wochend: Gr. Sonntagsbänken Eintritt u.

Wegen Familienfeier
bleibt mein Lokal am
Dienstag, 11. d. Mts., geschlossen 11089
Restaurant Joh. Lender, Kupferschmiedestr. 11

Theater-Klause

Erstes Bier-, Wein- und Café-Lokal

Vielbegehrter Mittagstisch à la 1.50
11043 Abonnenten à la 1.25

Vorträge der Oberschulbehörde zu Lübeck
im Winterhalbjahr 1924/25

Studienrat Prof. Dr. Döring:

Fichte

Vorträge

1. Donnerstag, den 12. November: Leben und Persönlichkeit
2. Donnerstag, den 20. November: Die Wissenschaftslehre
3. Donnerstag, den 27. November: Moral- und Religionsphilosophie
4. Donnerstag, den 4. Dezember: Rechts-, Staats- und Geschichtsphilosophie
5. Donnerstag, den 11. Dezember: Fichte, der Erzieher

Die Vorträge finden in der Aula der Ernestinenschule statt und beginnen um 6 1/2 Uhr abends
Eintrittskarten sind im Bureau der Oberschulbehörde, bei Richard Quitzow, Ernst Robert, in der Buddenbrook-Buchhandlung und an den Vortragssabenden in der Ernestinenschule zu haben

Preis für die Vortragsreihe 2.50 M., Einzelvortrag 75 4; Schülerkarten 1.50 M., Einzelvortrag 50 4 11048

Gas cbm 19 Goldpf., Lichtstrom kwh 60, Kraftstrom 27. Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Zeitung 20, ohne Zeitung 10 Goldpf. (11080)